

# Kampagne „Demokratie braucht Politische Bildung“

## Proteste gegen die Kürzungspolitik der Bundesregierung

**Berlin.** Schwarze Wolken ziehen für die politische Bildung auf. Die Bundesregierung plant in den nächsten Jahren erhebliche Einschnitte im Haushalt der Bundeszentrale für politische Bildung (POLIS berichtete: siehe Heft 2/2010, S. 5). Der am 8. Juli vom Bundeskabinett beschlossene Haushaltsentwurf und die damit verbundene mittelfristige Finanzplanung sehen substanzielle Kürzungen bei der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) vor. Von den derzeit 38 Mill. Euro sollen im Jahr 2011 1,55 Mill. in den Folgejahren bis zu 4,8 Mill. gekürzt werden. Diese Kürzungen erhöhen sich noch um die globale Minderausgabe von 560 000.

Das hat massive Auswirkungen auf die Förderung der Träger politischer Bildung, wie der Bundesausschuss Politische Bildung (BAP), in dem zahlreiche, bundesweite Trägerorganisationen zusammenarbeiten, im August 2010 erklärte. Der Vorstand des BAP hat deshalb beschlossen, im Interesse der Träger und im Interesse der bundesweit agierenden politischen Bildung eine Kampagne ins Leben zu rufen, um die Kürzungen abzuwenden und die Infrastruktur der Bildungsarbeit sicherzustellen. Die Kampagne trägt den Titel: „Demokratie braucht politische Bildung“. Sie ist im Netz unter [www.demokratiebrauchtpolitischebildung.de](http://www.demokratiebrauchtpolitischebildung.de) erreichbar. Über diese Webseite erreicht man z.B. den Kommentar von Sebastian Oltmanns, der den interessanten Blog „politisches-buch.de“ betreibt: „Bei den Beschlüssen zur Haushaltskonsolidierung gab es von der schwarz-gelben Regierung immer ein Versprechen: Bildung und Forschung sind davon ausgeschlossen. Dass dies nicht zu 100 Prozent auf die Bildung zutrifft, zeigt sich nun.“

Politische Bildung in der Demokratie ist nach Ansicht des BAP eine Daueraufgabe von Gesellschaft und Staat. Informationen über gesellschaftliche Entwicklungen, Reflexionen über Grundsatzentscheidungen und dahinter liegende Werte sowie die Motivierung zum

Engagement in und für Gesellschaft und Staat müssten immer wieder (neu) geleistet werden. Politische Bildung, die diesem Anliegen dient, sei nicht nur in staatlicher Verantwortung zu leisten, sondern gemäß der pluralen und föderalen Verfassung der Gesellschaft auch durch freie Träger, die zur Wahrnehmung dieser Aufgabe Unterstützung durch den Staat brauchen. Politische Bildung, so der Bundesausschuss, ist eine Investition in die Zukunft und ein wirksamer Beitrag für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Die neue Website informiert über den aktuellen Stand der Kürzungspläne, die Aktivitäten der Träger zur Änderung dieser Situation und über die Reaktionen aus Öffentlichkeit und Politik. Sie soll auch ein Ort des Diskurses über Bedarf und Prioritäten werden. Kontakt zum BAP über seine Website ([www.bap-politischebildung.de](http://www.bap-politischebildung.de)) oder per Mail ([info@bap-politischebildung.de](mailto:info@bap-politischebildung.de)).

Auch die Oppositionsabgeordnete Daniela Kolbe (MdB, SPD; stellvertretende Vorsitzende des Kuratoriums der BpB) kritisierte die Planungen: „Mit den angekündigten Kürzungen bei der Bundeszentrale bricht Schwarz-Gelb das Versprechen, nicht bei der Bildung zu sparen. Für die politische Bildung in Deutschland hätte eine Etatkürzung bei der Bundeszentrale für politische Bildung um mehr als 13 Prozent verheerende Folgen. Es ist fraglich, welchem Begriff von Bildung die Bundesregierung anhängt, wenn sie ausgerechnet die Förderung des Bewusstseins für Demokratie und politische Partizipation von ihrer Finanzierungszusage ausnimmt. Das ist beschämend ... Die Kürzung muss vom Tisch.“



## Einordnung in längerfristige Entwicklungen

In einem Argumentationspapier des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten (AdB) hat die Geschäftsführerin Ina Bieleberg zusammen mit Dr. Helle Becker Daten und Informationen zu den wahrscheinlichen Folgen der Kürzungsbeschlüsse zusammengetragen. Die Autorinnen weisen darauf hin, dass schon seit Jahren die Fördersituation für Träger und Einrichtungen der politischen Bildung schwieriger geworden ist. Eine aktuelle Zusammenschau der Konrad-Adenauer-Stiftung zur Entwicklung in den letzten Jahren bestätigt diesen Trend: „Erfolgreich. Politisch. Bilden. Faktensammlung zum Stand der Politischen Bildung in Deutschland“, 2010, <http://www.kas.de/wf/de/33.20184/>.

Einige Einrichtungen mussten auch Insolvenz anmelden. Auf Landesebene wurden zahlreiche landeseigene Einrichtungen (vor allem Jugendbildungsstätten) geschlossen oder mit Auflagen für die Bewirtschaftung in eine Teilkommerzialisierung überführt. „Seit den 1990er Jahren des letzten Jahrhunderts lässt sich somit ein kontinuierlicher Rückgang dieser Einrichtungen registrieren, der sich seit der Jahrhundertwende rapide beschleunigt. Im Zeitraum von 15 Jahren sind mehr als 55 % der Jugendbildungsstätten in Deutschland

ten Fördergebern zusammen: Bundeszentrale für Politische Bildung; Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit; Bundesministerium der Verteidigung; Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend; Landeszentralen für Politische Bildung; Weiterbildungsgesetze der Länder u.a.m. Die Fördermittel sind in allen Bereichen rückläufig (siehe Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung), ein Ausgleich durch andere Fördermöglichkeiten ist nicht abzusehen.

Der AbB nennt deshalb die Sparabsichten der Bundesregierung „eine Kahl-schlagpolitik“ und kommt zu dem Schluss: „Sollte dies so kommen, ginge das an die Substanz der Trägerschaft der politischen Bildung: Einrichtungen und Organisationen wären teilweise in ihrer Existenz bedroht, die Pluralität der Träger und Angebote politischer Bildung gefährdet.“

Schillo / vO

## „Mehr Demokratie in Thüringen“ für Absenkung des Wahlalters

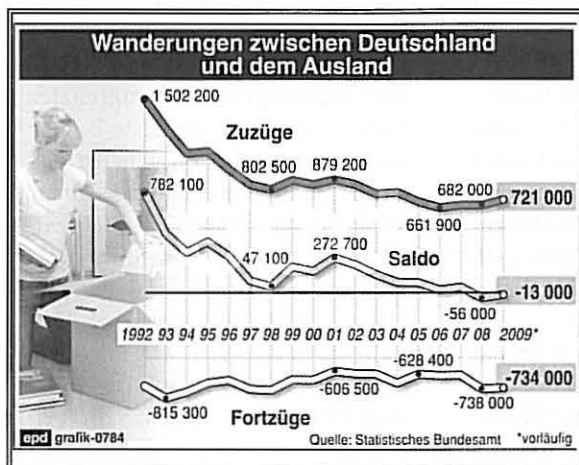
**Erfurt.** Bereits in sieben Bundesländern dürfen Jugendliche bei Kommunalwahlen ab 16 Jahren wählen. Für eine Absenkung des Wahlalters spricht sich die Initiative „Mehr Demokratie in Thüringen“ aus. Der Thüringer Landesverband von „Mehr Demokratie e.V.“ begrüßt damit die Forderung der Landtags-Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen, das Wahlalter auf 16 Jahre abzusenken. In einer schriftlichen Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf, der im August 2010 im Innenausschuss des Thüringer Landtags behandelt wurde, heißt es: „Es darf davon ausgegangen werden, dass durch eine frühere Beteiligung von Jugendlichen an Wahlen auch ihr Interesse an politischen Willensbildungsprozessen und der Wunsch, sich einzubringen, geweckt wird.“ Auch bei der

des Wahlalters insbesondere angesichts der demografischen Entwicklung notwendig sei. Jugendliche stellten zunehmend eine gesellschaftliche Minderheit dar, deren Interessen von den Parteien oft nicht vertreten würden. So seien politische Entscheidungen für Jugendliche mitunter nur schwer nachvollziehbar, würden nicht verstanden und deshalb auch nicht akzeptiert. Damit bestehe die Gefahr, dass Jugendliche sehr frühzeitig das demokratische System insgesamt in Frage stellen oder eine Ignoranz gegenüber politischen Entscheidungen entwickeln. „Insgesamt könnte eine frühere Beteiligung eine offene Einstellung zum demokratischen System und dem Gewicht der eigenen Stimme bewirken helfen. Ohne die Möglichkeit, Wünschen und Forderungen auch durch Wahlentscheidungen Nachdruck zu verleihen, bleiben junge Menschen auf den guten Willen erwachsener Entscheidungsträger angewiesen“, heißt es in der Mehr-Demokratie-Stellungnahme.

In mehreren Bundesländern ist das Wahlalter bei Kommunalwahlen bereits abgesenkt. Thüringen wäre das achte Bundesland nach Berlin, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein, in dem Jugendliche ab 16 Jahren an Kommunalwahlen teilnehmen könnten. Bremen hat als erstes Bundesland das Wahlalter im Herbst 2009 auch für die Landtagswahlen auf 16 Jahre gesenkt.

Nach Meinung von „Mehr Demokratie in Thüringen“ sollte bei einer Absenkung des Wahlalters vermehrt politische Bildung für die Erstwähler angeboten werden. „Mit der Einladung zur Wahl gäbe es einen direkteren Anlass, mit Jugendlichen über das Wahlsystem und die Auswirkungen einer Wahlentscheidung zu kommunizieren. Darauf sollten sich schulische wie außerschulische Angebote einstellen.“

Karolin Schulz



verschwunden.“ (Klaus Waldmann, in: kursiv 3/2009)

Das Hintergrundpapier führt zusätzlich an, dass kein Träger heute noch über eine Monoförderstruktur verfügt. Alle Einrichtungen arbeiten mit unterschiedlichen öffentlichen und zunehmend auch priva-

Demokratie gelte das Prinzip „Learning by Doing“, so Landesvorstands-Sprecher Ralf-Uwe Beck: „Demokratie kann am ehesten ‚gelernt‘ werden, wenn sie selbst erfahren, eingeübt und gelebt wird.“

„Mehr Demokratie in Thüringen“ weist darauf hin, dass eine Absenkung

## 16-Jährige sollen in Zukunft den Landtag in NRW mitwählen können

**Düsseldorf.** Zwei Monate nach den Landtagswahlen vom 9.5.2010 in Nordrhein-Westfalen (POLIS berichtete im



Heft 2/2010, S. 15-19) haben SPD und GRÜNE eine Minderheitsregierung gebildet. Der Landtag in Düsseldorf wählte im Juli Hannelore Kraft im dritten Wahlgang mit relativer Mehrheit zur Ministerpräsidentin.

In einem umfangreichen Koalitionsvertrag unter dem Titel „Gemeinsam neue Wege gehen“ haben die Regierungsparteien im Kapitel X „Demokratie stärken – Beteiligung ausbauen“ beschlossen, die Informations- und Beteiligungsrechte des Parlaments auszubauen und dazu die Landesverfassung zu ändern. Auch die Bestimmungen über Volksbegehren und Volksentscheide sollen so verändert werden, dass für diese Möglichkeiten direkter Demokratie einfachere Verfahrensregeln (längere Eintragungsfristen, freie Unterschriftensammlungen, Absenkung der Unterschriftenhürde für Volksbegehren) gelten.

Schließlich soll auch das Wahlalter bei Landtagswahlen abgesenkt werden. „Wer junge Menschen für Politik und wichtige Zukunftsfragen interessieren und ihnen Verantwortung übertragen will, muss sie daran beteiligen. Junge Menschen ab 16 Jahren sollen bei den Landtagswahlen mitwählen können. Denn wer reif genug für die Kommunalwahlen ist, ist es auch für die Landtagswahlen.“ Bereits bei den Kommunalwahlen im August 2009 durften in NRW Jugendliche im Alter von 16 und 17 Jahren mitwählen.

In einem jüngst erschienen Aufsatz haben die Bamberger Politikwissenschaftlerin Prof. Dr. Ursula Hoffmann-Lange und der langjährige Mitarbeiter am Deutschen Jugendinstitut (DJI) Johann de Reijke unter dem Titel „Argumente und Daten zur Herabsetzung des Wahlalters“ die bislang vorliegenden Statistiken und Analysen der Effekte von Herabsetzungen des Wahlalters in der Bundesrepublik Deutschland aufgearbeitet (in: Tanja Betz/Wolfgang Gaiser/Liane Pluto (Hg.): Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Forschungsergebnisse, Bewertungen, Handlungsmöglichkeiten. Schwalbach/Ts. 2010, S. 77-96). In ihrem Resümee gelangen sie zu der ernüchternden These: „Eine Herabsetzung des Wahlalters hätte kaum Auswirkungen auf die Wahlergebnisse, würde jedoch zu einer wei-

teren Abnahme der Wahlbeteiligung führen“ (S. 91).

vO

## Neue Fachlehrpläne in Brandenburg: Frühere Beschäftigung mit DDR-Geschichte

**Potsdam.** Ab dem Schuljahr 2010/11 gelten neue Rahmenlehrpläne für die Fächer Geschichte und Politische Bildung in der Sekundarstufe I für alle Schülerinnen und Schüler an Oberschulen, Gesamtschulen und Gymnasien im Land Brandenburg. Bildungsminister Holger Rupprecht begründete die Überarbeitung beim Thema deutsch-deutsche Geschichte. „Die Nachkriegs- und DDR-Geschichte und die deutsche Teilung sind zwar schon jetzt verbindlich vorgegeben – ich halte es aber für unerlässlich, dass sich die Schülerinnen und Schüler schon frühzeitig und bei geeigneten Themen auch über die Schullaufbahn verteilt mit unserer jüngeren Geschichte auseinandersetzen“. In den überarbeiteten Rahmenlehrplänen ist verbindlich geregelt, dass die Schülerinnen und Schüler bereits ab Klasse 7 in unterschiedlichen thematischen Kontexten Kenntnisse zur DDR-Geschichte erwerben. Während der Doppeljahrgangsstufe 7/8 sind im Unterrichtsfach Geschichte themenbezogen historische Entwicklungen zu behandeln, die Bezug auf die DDR nehmen. Im Fach Politische Bildung sollen Themen wie ‚Menschenrechte‘ oder ‚Jugend und Politik‘ mit Bezügen zur DDR ergänzt werden – durch die Möglichkeit von Vergleichen sollen Schülerinnen und Schüler zu eigenständigen und kritischen Urteilen zur DDR gelangen. Zudem ist künftig auch der Besuch von außerschulischen Lernorten eine verbindliche Vorgabe.

„Bei der Überarbeitung der Rahmenlehrpläne haben wir neben Lehrkräften, Fachberatern und Experten aus Wissenschaft und Verbänden, auch den Landes-schulbeirat und die Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur, Ulrike Poppe, einbezogen und Hinweise aufgegriffen“, so Rupprecht. „Ich gehe davon aus, dass jeder, der die Schule nach der 10. Klasse verlässt, etwas über die DDR im Unterricht gelernt hat.“

Die Märkische Allgemeine Zeitung kommentierte diese Ankündigung am 5.8.2010: „Im Februar hatte die Fürstenwalder Gymnasiastin Amei Stock einen Brief an Bildungsminister Holger Rupprecht geschrieben. Darin beschwerte sie sich, dass das Thema DDR im Geschichtsunterricht zu kurz käme. Es scheint, als seien die Sorgen von Amei und anderen Schülern endlich ernstgenommen worden. Dabei darf endlich vom bislang geltenden Prinzip der chronologischen Geschichtsvermittlung abgewichen werden.“

*Ministerium für Bildung – Brandenburg/Märkische Allgemeine Zeitung*

## Neue Schriftenreihe der DVPB

**Schwalbach.** Mit der Publikation „Entgrenzungen. Gesellschaftlicher Wandel und Politische Bildung“ erscheint der erste Band der neuen Schriftenreihe der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung (DVPB), die der Bundesvorstand im Wochenschau Verlag herausgibt. Der Sammelband präsentiert die vielfältigen Beiträge des 11. Bundeskongresses zur Politischen Bildung, der im vergangenen Jahr in Kooperation mit der Bundeszentrale in Halle an der Saale veranstaltet worden ist und an dem mehr als 400 Personen teilgenommen haben.

Gegliedert in die Teile „Prozesse gesellschaftlichen Wandels“ und „Herausforderungen einer entgrenzten Welt“, widmet sich der erste Teil der Analyse und Reflexion aktueller Entgrenzungen zwischen Globalisierung, Klimawandel, Finanzmarkt oder virtuellen Kommunikationswelten, während sich der zweite Teil mit den didaktischen und pädagogischen Herausforderungen in Gesellschaft, Schule und historisch-politischer Bildung beschäftigt.

*Lange, Dirk (Hrsg.): Entgrenzungen. Gesellschaftlicher Wandel und Politische Bildung, Schwalbach/Ts. 2010, 448 S., 39,80 Euro. Die Publikation ist für alle Mitglieder und Interessierte bis zu 31.12.2010 zum Subskriptionspreis von 32,80 Euro käuflich erwerbbar.*

vO